

9.54

Abgeordnete Mag. Dr. Petra Oberrauner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Ministerin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn meiner Rede folgenden Antrag einbringen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend
„Erhöhung des Budgets für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht, im Bundesfinanzgesetz 2021 sowie im Bundesfinanzrahmengesetz 2021-2024 eine Erhöhung des Budgets ‚Frauenangelegenheiten und Gleichstellung‘ auf jährlich zumindest 30 Mio. Euro vorzusehen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Covid-Krise trifft Frauen in besonderem Maße, und sie sind davon schwer betroffen. Frauen arbeiten überproportional stark im Dienstleistungsbereich – in Hotels und Gaststätten, die jetzt zuhaben –, im Handel und so weiter. Ihre Arbeitslosigkeit dauert länger, und gleichzeitig haben die Frauen den Ausfall von Kindergärten und Schulen zu bewältigen. Der Hauptteil der unbezahlten Arbeit wird nach wie vor von Frauen übernommen. Diese Umstände verschlechtern die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen und drängen Frauen zurück in veraltete Rollenbilder.

Dies zeigt auch eine Umfrage des Jobportals Stepstone: Jede zweite Frau hat den Eindruck, dass sich für sie in der Coronakrise die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verschärft hat. Während des Lockdowns haben sie das Gefühl, dass sie wieder in die traditionellen Rollen zurückrutschen. Diese Einschätzung muss uns alle beunruhigen, und deshalb ist der Bereich der Ministerin für Frauen und Gleichstellung in den nächsten Jahren ganz besonders gefordert, sich gegen die Verdrängung der Frauen am Arbeitsmarkt, den spürbaren Verlust bei Einkommen und Pensionen und die abnehmende Gleichstellung von Frauen in Österreich zu wehren. Es ist ganz genau darauf zu achten, dass Frauen und ihre besondere Lebenssituation im Rahmen der Maßnahmen der Covid-19-Hilfen und des Konjunkturpaketes ausreichend und fair berücksichtigt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Basis für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen, geschätzte Frau Minister, sind gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und eine gute Ausbildung. Das Leben frei von Gewalt sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Dass es Hilfe gibt, ist gut, dass es Hilfe braucht, ist beschämend. Frauen übernehmen ihre Verantwortung – von der Kinderbetreuung bis zur Pflege von Angehörigen – unter den schwierigsten Bedingungen, sie kümmern sich um Familie, Arbeit, Haushalt und um die Sorgen betreffend Lockdowns und sonstige Dinge.

Frauen übernehmen Verantwortung in der Gesellschaft, und wir erwarten uns, dass die Regierung die Verantwortung für die Frauen übernimmt. 30 Millionen Euro sind 0,06 Prozent des Covid-Budgets: Ich glaube, es wäre ein sichtbares Zeichen dafür, dass Sie es wirklich ernst meinen und dass Sie den Frauen Ihre Wertschätzung nicht nur in Wortspenden geben, sondern auch in Geld. Ich glaube, das trägt dazu bei, dass sich wirklich etwas verändert. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

9.58

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Jan Krainer,

Genossinnen und Genossen

betreffend Erhöhung des Budgets für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung

Eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 11.) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (380 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschages für das Jahr 2021 (Bundesfinanzgesetz 2021 – BFG 2021) samt Anlagen (449 d.B.) in der 62. Sitzung des Nationalrates am 19. November 2020 – UG 10 Frauen und Gleichstellung

Das vorliegende Budget für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung wird den Lebenswelten und der Betroffenheit von Frauen in der COVID-19-Krise in keiner Weise gerecht. Zahlreiche Studien belegen, dass Frauen gerade in der Corona-Pandemie einen großen Teil der Krisenlast übernehmen und dadurch noch stärker gefordert sind als Männer. Trotz alldem nimmt das Frauenbudget im gesamten Budget 2021 lediglich einen Anteil von 0,015 % der veranschlagten Gesamtauszahlungen ein.

Auch die Budgeterhöhung um 2,5 Mio. Euro auf 14,65 Mio. Euro in der UG 10.02, ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die zur Verfügung gestellten Mittel sind noch immer viel zu gering für die Aufgabenstellungen des Ressorts.

Einmal mehr wird deutlich: Frauenpolitische Anliegen kommen in diesem Budget generell viel zu kurz.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht, im Bundesfinanzgesetz 2021 sowie im Bundesfinanzrahmengesetz 2021-2024 eine Erhöhung des Budgets „Frauenangelegenheiten und Gleichstellung“ auf jährlich zumindest 30 Mio. Euro vorzusehen.“

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Der Antrag ist ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und steht somit in Verhandlung. (*Das Telefon am Platz des Präsidenten läutet. – Ruf bei der FPÖ: Telefon!*)

Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Sieber. – Bitte. (*Das Telefon am Platz des Präsidenten läutet neuerlich.*)